

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Für starke berufliche Schulen I - Unterrichtsversorgung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den erheblichen Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Bayern zu beseitigen. Dafür werden in den nächsten beiden Schuljahren jeweils 120 Planstellen aus den 2000 Lehrerplanstellen, die der bayerische Landtag für den DHH 2019/2020 zusätzlich bereit gestellt hat, verwendet.

Begründung:

Die beruflichen Schulen - insbesondere die FOSBOS und die Berufsschulen - können den Pflichtunterricht seit Jahren nicht abdecken. Steigende Schülerzahlen wurden nicht mit Lehrerplanstellen hinterlegt, der Aufbau einer integrierten Lehrerreserve wird aus organisatorischen Gründen bisher seitens des KM für unmöglich erklärt. Dieser Entwicklung wurde an allen anderen Schularten - vor allem am Gymnasium - massiv entgegengewirkt. Die Schlechterstellung der beruflichen Schulen hat in Bayern in Bezug auf die Unterrichtsversorgung mittlerweile System. Das schadet dem Ansehen der Schulart, das schadet den Auszubildenden, das schadet den aktiven Berufsschullehrkräften, das schadet den Betrieben und das schadet dem Wirtschaftsstandort Bayern. Die beruflichen Schulen müssen nun endlich von den neugeschaffenen 2000 Planstellen im Epl.05 profitieren, noch dazu wo ohne Not 821 Stellen aus den Berufsintegrationsklassen eingezogen wurden.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Für starke berufliche Schulen II - Möglichkeiten der Individualisierung wesentlich verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie und in welchen Schritten die Möglichkeiten zur Individualisierung in den Berufsschulen deutlich ausgeweitet werden können. Die bisherigen 0,4 Stunden pro Klasse für Individualisierung sollen in den nächsten beiden Schuljahren auf 1 Stunde pro Klasse erhöht werden. Die Lehrerplanstellen, die dafür notwendig sind, werden aus den mit dem Doppelhaushalt beschlossenen zusätzlichen 2000 Planstellen entnommen.

Begründung:

Die Schulabschlüsse und Lernstände der Schülerinnen und Schüler die an den Berufsschulen sind so unterschiedlich wie an keiner anderen Schulart. Das Beispiel einer Kfz-Klasse aus der Berufsschule in Weiden macht es deutlich: 4 Schüler ohne Quali, 8 Schüler mit Quali, 10 Schüler mit Mittlerem Schulabschluss, 3 Flüchtlinge, 2 Förderschüler, 1 Fachabiturient. Bei dieser enormen Spreizung werden meist zuerst die Schwächeren gefördert, denen die Betriebe mangels Bewerbern auch immer öfter eine Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen. Neben allgemeiner Lernförderung sind es besonders die Fähigkeiten in Deutsch und Mathe, die schon die Zwischenprüfung schwer machen. Hier wären vor allem diejenigen Lehrkräfte weiterhin dringend von Nöten, die in den BIK eingesetzt wurden, deren 821 Stellen aber sukzessive in den Jahren 2018 und 2019 eingezogen wurden oder die lediglich befristet angestellt waren.

Für die Berufsschulen genauso wichtig wie die Förderung der Schwächeren ist aber die Möglichkeit, ein Top-Angebot für die Leistungsstarken mit Mittlerer Reife, Fachabitur und Abitur machen zu können, die die duale Ausbildung wählen. Es sind ohnehin immer weniger junge Leute, die nach dem Abitur in die anspruchsvollen dualen Ausbildungsgänge gehen. Wenn nicht klar wird, dass an den Berufsschulen zum Beispiel fachspezifisches Englisch angeboten wird oder die komplexen Kommunikationsprozesse zur Koordination von Gewerken auf einer Baustelle im Fach Deutsch eine Rolle spielen, dann haben die Berufsschulen einen echten Wettbewerbsnachteil, weil sich immer mehr Schulabsolventen von Haus aus dem akademischen Bildungsweg zuwenden und dann in den Ausbildungsbetrieben fehlen.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller SPD**

Für starke berufliche Schulen III - Digitalpakt Berufsbildung einplanen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass die Förderanträge aus dem landeseigenen Digitalpakt II aus dem Bereich berufliche Schulen zügig abgewickelt werden
2. dafür zu sorgen, dass kein Förderstau aus dem landeseigenen Digitalpakt II im Bereich berufliche Schulen entsteht und dem Landtag unverzüglich mitzuteilen, wenn dafür überplanmäßig Mittel benötigt werden und
3. bei der Vergabe der Bundesmittel die Förderrichtlinien so zu fassen, dass insbesondere die Berufsschulen und Berufsfachschulen davon umfassend und dem Bedarf entsprechend profitieren können.
4. Der Bayerische Landtag trägt im NHH 2020 dafür Sorge, dass die landeseigenen Mittel im Jahr 2020 mindestens so hoch sind wie die Bundesmittel.

Begründung:

Die Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes dürfen nicht mit der Gießkanne über die Schularten in Bayern verteilt werden, sondern müssen danach ausgereicht werden, wo sie besonders effektiv wirken. Eine enorme Wirkung erreichen die Mittel insbesondere an den beruflichen Schulen in Bayern. Sie lösen einen Innovationsschub aus, der direkt den Auszubildenden zugute kommt, die in den Betrieben in Bayern bereits häufig mit Top-Ausstattungen arbeiten können. Die Arbeitswelt 4.0. muss sich in den beruflichen Schulen in Bayern spiegeln. Digitale Fertigungsstraßen, 3D-Drucker und moderne Softwareprogramme müssen in den Berufsschulen Standard sein. Die "Smart Factory" in den Berufsschulen abzubilden, ist die Herausforderung der Zukunft. Außerdem würde die duale Ausbildung dadurch an Attraktivität gewinnen, wenn klar würde, dass an den Berufsschulen die digitale Ausstattung auf Topniveau vorhanden ist. Sie würden außerdem die Sachaufwandsträger entlasten, weil moderne Maschinen (z.B. 3-D-Drucker) besonders viel kosten.

Diese Auffassung vertritt auch der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen. "Wenn wir schon mangels Bewerbem beim Personal sparen müssen, dann brauchen wir zumindest hervorragende Ausstattung an den Schulen.(..) Bei der Mittelverteilung in Bayern muss es aus unserer Sicht einen "Digitalpakt Berufsbildung" geben, der alle beruflichen Schulen in Bayern fit macht für die vierte industrielle Revolution." So der VLB in seiner Verbandszeitung vlb-akzente 07/2019.